

FRIEDRICHSHAFEN Schwäbische Zeitung

Mo.-Fr. € 2,40 | Sa. € 2,60

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Montag, 5. Dezember 2022

Notprogramm für Kinderkliniken gefordert

BERLIN (dpa) - Der Deutsche Kinderschutzbund hat ein „rasches finanzielles Notprogramm“ für Kinderkliniken gefordert. „Das ist ein Gefühl völliger Ohnmacht. Der Mangel in der Kinderpflege ist sehr dramatisch. Ich bin wirklich entsetzt, dass man es so weit hat kommen lassen“, sagte Präsident Heinz Hilgers dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Wegen einer Welle an Atemwegsinfekten sind viele Kinderkliniken gerade überfüllt. Die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (Divi) sprach bereits in der vergangenen Woche von einer „katastrophalen Lage“ auf den Kinder-Intensivstationen. • SEITE 3

VfB Stuttgart holt neuen Sportdirektor

STUTTGART (sz) - Der abstiegsbedrohte Fußball-Bundesligist VfB Stuttgart hat Fabian Wohlgemuth als neuen Sportdirektor verpflichtet. Der 43-Jährige kommt vom Zweitligisten SC Paderborn und unterschrieb beim Bundesliga-16. einen Vertrag bis 2025. Wohlgemuth folgt auf Sven Mislintat, der sich mit den Schwaben nach mehrtägigen Gesprächen nicht auf einen neuen Vertrag einigen konnte. Nach offen ist hingegen die Trainerfrage. Zuletzt wurde Bruno Labbadia als Topkandidat gehandelt. • SEITE 23

Ausstellung zu Geschwisterpaaren

TÜBINGEN (sz) - Eine neue Ausstellung in der Kunsthalle Tübingen wirft einen Blick auf Brüder und Schwestern und ihre Darstellung in der Kunst. Rund 100 Arbeiten aus fünf Jahrhunderten sind bis zum 16. April 2023 zu sehen. Nicht fehlen darf dabei das vielleicht berühmteste Geschwisterpaar der Menschheit, die Brüder Kain und Abel. Die Ausstellung umfasst aber weit mehr als nur religiöse Motive: Zu sehen ist unter anderem ein Film über zwei Schwestern und eine sich über Jahrzehnte erstreckende Fotoserie von vier Frauen. • SEITE 12

Gewinnzahlen

Lottozahlen	4, 10, 29, 41, 42, 45
Superzahl	7
Spiel 77	5 6 2 1 0 3 7
Super 6	7 7 6 7 0 9

48. Ausspielung / Ohne Gewähr

Heute lesen Sie

Geburtstag Der

Schauspieler Walter



Sittler wird heute 70 Jahre alt. Seite 10

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
Aboservice 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777

Nikoläuse machen sich auf die Reise



Kurz vor dem Nikolaustag am 6. Dezember sind die Nikoläuse im Südwesten (Foto: Felix Kästle/dpa) in die Weihnachtszeit gestartet. Die ersten Besuche stünden schon an, sagte Berthold Erich Schwarz von der Nikolausgilde Friedrichshafen. In den Tagen bis zum 4. Advent besteht die

Gilde rund 150 Familien, Vereine, Kindergärten und Pflegeeinrichtungen. In diesem Jahr seien ein paar Nikoläuse krankheitsbedingt ausgefallen, sodass es ein strammes Programm für die vier restlichen Paare aus Nikolaus und Knecht Ruprecht werde. Die Nachfrage sei nach Corona

deutlich größer geworden, so Schwarz. Im vergangenen Jahr habe man viele Besuche wegen der Pandemie im Freien veranstaltet. Die Gilde ist ehrenamtlich unterwegs. Für die Besuche verlange man nichts. Es sei jedoch schwierig Nachwuchs zu finden. • SEITE 9

Rüstungsprojekte kämpfen mit Schieflage

Ministerium sieht Risiken bei Kauf von F-35-Kampffjets - Munitionsbeschaffung stockt

BERLIN (mö/dpa/AFP) - Aufregung, Ärger und Diskussionen um zwei der wichtigsten Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr: Beim geplanten Kauf von F-35-Tarnkappen-Jets in den USA sieht, wie am Wochenende bekannt wurde, das Bundesverteidigungsministerium erhebliche Risiken. Weiter fordert die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), für die Beschaffung von neuer Munition der Bundeswehr im Wert von mindestens 20 Milliarden Euro einen mehrjährigen und mit der Industrie abgestimmten Plan.

Die Risiken für das F-35-Projekt gehen aus einem vertraulichen Schreiben an den Haushaltsausschuss des Bundestags hervor, der verschiedenen Medien vorliegt. Das

Ministerium beziffert die Gesamtkosten des Geschäfts darin auf knapp zehn Milliarden Euro - und warnt vor „zeitlichen Verzögerungen und Mehrkosten“ wegen äußerst aufwendiger Vorbereitungsarbeiten.

Als Risikofaktoren nennt das Schreiben unter anderem den erforderlichen Umbau von Flugplätzen für die F-35, hohe Sicherheitsanforderungen des US-Verkäufers und mögliche technische Probleme bei der Zulassung der Kampffjets für den Flugbetrieb in Deutschland. Das geheime Schreiben ist eingestuft als „Verschlusssache - nur für den Dienstgebrauch“.

Hingegen erklärte der Inspekteur der Luftwaffe, Ingo Gerhartz, am Sonntag via Twitter, Deutschland su-

che beim F-35 Probleme, wo andere europäische Nationen keine sähen. „Und wir übrigens auch nicht. Ist die Luft dort eine andere?“

Am Montag soll es ein Krisentreffen im Verteidigungsministerium mit den Haushaltsern der Regierungsfaktionen geben.

Derweil kritisiert die Wehrbeauftragte das zweite große Beschaffungsprojekt: Die umfangreiche und drängende Beschaffung von Artilleriegranaten, Raketen und anderen Munitionsorten sei nicht hinreichend geplant. „Expertinnen und Experten, die sich schon etwas länger mit Munition befassen, wissen um diesen enormen Mangel. Deswegen wird verwundert, dass das im Sondervermögen nicht abgebildet war“,

sagte Högl. „Ein zweistelliger Milliardenbetrag ist in dem jährlich aufgestellten Verteidigungsetat schwer zu hinterlegen. Es gibt ein enormen Nachholbedarf.“

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) sieht sich wegen der Munitionskrise wachsender Kritik ausgesetzt. Zwar sind die leeren Depots länger geduldet worden und in den vergangenen Jahren unter politischer Verantwortung von Verteidigungsministern der Union leergelaufen. Aus der Opposition und auch der Ampel-Koalition wird aber Unverständnis darüber lauter, dass in den gut neun Monaten seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wenig bestellt wurde. • LEITARTIKEL/SEITE 5

Iran reagiert auf Proteste

Umstrittene Sittenpolizei soll aufgelöst worden sein

TEHERAN (dpa) - Nach anhaltenden Demonstrationen in Iran hat die politische Führung unerwartet Maßnahmen angekündigt. Dem Generalstaatsanwalt zufolge soll die Sittenpolizei aufgelöst worden sein, wie iranische Medien am Sonntag berichteten. Der Innenminister teilte mit, man werde einen Ausschuss einsetzen, der die Gründe für die Proteste im Land klären solle - allerdings ohne Beteiligung der Demonstranten. Kritiker der politischen

Führung reagierten verhalten auf die Ankündigungen.

Präsident Ebrahim Raisi traf sich Medienberichten zufolge zudem am Sonntag mit mehreren Ministern zu einem Krisengipfel. Auf der Agenda des nichtöffentlichen Treffens im Parlament stünden die jüngsten Entwicklungen im Land, berichtete die Agentur Isna. Irans Sittenpolizei setzte bisher als Sondereinheit der Polizei die islamischen Kleidungsvorschriften durch. • SEITE 5

Russland droht mit Reaktion

Kreml will Ölpreisdeckel des Westens nicht hinnehmen

MOSKAU (dpa) - Russland will die Preisobergrenze des Westens auf sein Öl von 60 Dollar je Barrel nicht hinnehmen und hat mit Gegenmaßnahmen gedroht. Russland sehe das Instrument als nicht marktwirtschaftlich an und werde einen Mechanismus entwickeln, um die Anwendung der Obergrenze zu verbieten, sagte der russische Vizeeregierungschef Alexander Nowak am Sonntag im Moskauer Staatsfernsehen. Nowak sagte, dass die Energie-

großmacht bereit sei, ihre Erdölförderung zurückzuführen, wenn die Länder diese Obergrenze anwenden wollten.

Die Gruppe der sieben führenden Industrienationen G7, Australien und die EU-Staaten hatten sich zuvor auf die Höhe eines Preisdeckels für russisches Öl geeinigt. Erdöl soll von diesem Montag an für höchstens 60 US-Dollar (etwa 57 Euro) pro Barrel an Abnehmer in anderen Staaten verkauft werden dürfen. • SEITE 8

Unterm Strich

Beamte in Not

Aus gegebenem Anlass wollen wir uns ein wenig mit dem deutschen Beamtenwesen beschäftigen. Nämlich: Der jüngst wiedergewählte Generaldirektor des Deutschen Beamtenbundes, Ulrich Silberbach, hat einen CDU-Parteifreund scharf attackiert. Genau genommen handelt es sich um den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Carsten Linnemann. Der hatte sich erdreistet, in einem frisch erschienenen Buch der Ansicht zu sein, es gebe in Deutschland viel zu viele Beamte inklusive Beamtinnen. Er hat auch ein paar Zahlen geliefert. Allein in

den Jahren von 2012 bis 2021 seien die Personalausgaben des Bundes um neun auf 36 Milliarden Euro gestiegen. Schuld sei nicht zuletzt die Politik. „Wir haben mittlerweile so viele Minister, Staatssekretäre und Regierungsbeauftragte wie nie zuvor. Die Beamtenapparate in den Ministerien werden immer weiter aufgebläht.“

Demgegenüber hat der Beamten-Generaldirektor bemängelt, die Besoldung seiner Schutzbeholdenen reiche oft nicht aus für einen angemessenen Lebensunterhalt. Man dürfe den Berufsnachwuchs nicht abschrecken. Forderungen nach einer „Leh-

rer-Entbeamtung“ seien sozusagen Teufelszeug. Allerdings hat es der Herr Silberbach vermocht zu erklären, weshalb alle angehenden Lehrgern Beamte werden wollen, obwohl sie dann ja am Hungerloch nagen müssen. Alles ein wenig rätselhaft.

Ein uns persönlich bekannter Oberstudienrat a. D. hat angemerkt, sein Generaldirektor habe nicht ganz unrecht. Von seiner bescheidenen Pension könne er sich nur mühsam einen Porsche leisten. Außerdem sei sein Harem kostspielig. (vp)

untermstrich@schwaebische.de



Das standesgemäße Gefährt für einen pensionierten Beamten: ein Porsche 911, Baujahr 1988. FOTO: IMAGO GELSNER

Leitartikel

Von Ludger Möllers



Ampel verweigert den Krisenmodus

Allein die drei wichtigsten Nachrichten des vergangenen Wochenendes genügen, um an Einsicht wie Kompetenz der Verteidigungsminister zu zweifeln: Es ist offen, ob die Bundeswehr den Flugplatz in Büchel rechtzeitig bis 2026 für die F-35-Tarnkappenjets umbauen kann. Weiter wird bekannt, dass es kaum Bestellungen gibt, um dem auch vor dem Ukraine-Krieg bekannten Mangel an Artilleriegranaten, Raketen und anderen Munitionsorten abzustellen. Und die Waffensysteme, die an die Ukraine abgegeben wurden, werden nur schleppend ersetzt, sie fehlen in Einsätzen und Übungen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Ganz offensichtlich umreißen Ressortchefin Christine Lambrecht (SPD), ihre Spitzenbeamten und die Topmilitärs nicht, dass sie spätestens am 28. Februar in den Krisenmodus hätten umschalten müssen: Am Tag zuvor hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) das Bundeswehr-Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro angekündigt.

Statt aber zu handeln, verstricken sich die Ministerien in einen bürokratischen Kleinkrieg um Haushaltsrecht. Die Folge: Aus dem Bundeswehr-Sondervermögen ist bisher nichts in der Truppe angekommen.

Ein anderes, peinliches Beispiel: Statt in großem Stil und schnell Munition zu bestellen, ordert die Bundeswehr bescheidene 600.000 Schuss für den Schützenpanzer Puma und lässt sich dafür noch feiern: ausreichend für zwei Tage im Gefecht. In Worten: zwei Tage.

Es ist leicht und richtig, an dieser Stelle die Auflösung des gesamten Beschaffungswesens der Bundeswehr zu fordern. Einzelne Reformen in dem gegen jede Art der Veränderung resistenten Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung sind nutzlos, wie sich immer wieder gezeigt hat. Schöpferische, kreative Zerstörung ist angezeigt, ein Neuanfang ohne bürokratische Hindernisse ist notwendig.

Vor allem aber ist zu fragen, warum die führenden und verantwortlichen Köpfe der Ampel-Koalition nicht in den Krisenmodus geschaltet haben und den Ernst der Lage weiter ignorieren? Warum verweigern Kanzler und Verteidigungsminister der Truppe so hartnäckig Material, Ausstattung und Munition? Der kampfstärkste Panzer, der Leopard 2, nutzt nichts ohne Granaten.

Am Ende des ersten Regierungsjahres der Ampel fällt das Zeugnis im Fach Verteidigung verheerend aus: Arbeitsverweigerung, Note 6.

l.moellers@schwaebische.de

Wetter

2° bis 5°C

Glätte, Regen und sogar Schnee in Sicht



Weitere Aussichten: Ruhiges, graues und kaltes Dezemberwetter

Nr. 281 | B 6203



4 190620 302403 1 0 0 4 9

SCHWÄBISCH MEDIA